



Foto: GLS

Arbeitsgruppe „Stadtteil- und Quartierentwicklung“

Nikolai Fuchs (GLS Treuhand e. V.) berichtete von den Ergebnissen der neugegründeten Arbeitsgruppe „Stadtteil- und Quartierentwicklung“, die aus dem gleichnamigen Workshop vom 29. Juni 2017 im Rahmen der ersten Veranstaltung des jungen Netzwerks entstanden ist. Die GLS Treuhand initiierte die AG auf Wunsch der Mitglieder. Am 5. April 2018 fand das Treffen in Bochum mit neun Teilnehmer*innen statt.

Zur Begriffsklärung und eines einheitlichen Verständnisses definierte die Gruppe den Begriff „Quartier“ für sich:

„Quartier ist keine fest definierte Größe, eher ein Bezugsrahmen, der immer wieder neu abgegrenzt werden muss. [...] Quartiere bezeichnen einen sozialen Raum, der kleiner ist als ein (administrativ abgegrenzter) Stadtteil, aber durchaus vielfältiger sein kann als ein Wohngebiet. [...] Quartiere können nach Kriterien beschrieben werden, wie u.a. bauliche Charakteristika, Infrastrukturen, Demographische Faktoren, sozialer Status der Bevölkerung, Umweltfaktoren, Erreichbarkeit etc.“

Prof. Dr. Reinhold Knopp von der Hochschule Düsseldorf referierte anschließend über die Frage „Welche Möglichkeiten haben Stiftungen, das Leben im Quartier positiv zu verändern?“

In einer nachfolgenden Diskussion identifizierte die Gruppe folgende Antworten:

1. Es wird ein Raum (Haus) gebraucht.
2. Es wird eine (professionelle) Prozess-Unterstützung (Moderation) gebraucht
3. Projekte mit auslaufender offizieller Förderung bräuchten häufig eine Überbrückungsfinanzierung zur vollständigen Selbständigkeit
4. Wirtschaftliche Kompensation von dauerhaftem Engagement

Konkrete Umsetzungsmöglichkeiten sah die Gruppe in folgenden Ansätzen:

- Unterstützung der Gründung von Bürgervereinen
- „Raum bieten“
- Mobilität unterstützen
- Brückenfinanzierung bereitstellen; Anschluss bei auslaufenden Förderprogrammen
- Unterstützung bei Verstetigung von vormaligen (Selbsthilfe-)Projekten
- Verfügungsfonds für Ideen und Projekte von Bürger/innen allgemein
- Projektförderung im Kontext der Bewältigung von Infrastrukturproblemen
- Finanzierung von Fortbildungen für bürgerschaftlich Engagierte
- Finanzierung von Moderation und Beratung
- Rechtsschutzfonds einrichten helfen

In den Gesprächen entstanden weitergehende Fragen, die auch bei den kommenden Treffen thematisiert werden sollen.

Die Bedarfsfrage:

Wo ist ein Mangel, ein Verlust, ein Bedarf erkennbar? Kommunikation mit den Kommunen wird in jedem Fall empfohlen, um unter anderem auch über bereits laufende Projekte informiert zu werden.

Eine Frage der Dauerhaftigkeit:

Als großes Problem wird das Auslaufen von Förderungen benannt, die nicht weiterfinanziert werden, trotz ihres „Erfolgs“. Möglichkeit Übergänge zu schaffen. Stiftungen sollten jedoch keine „Regelangebote“ finanzieren.

Frage der Beteiligung:

Wie schaffen wir es, konkrete Bedarfe bei denjenigen zu ermitteln, die sonst nicht erreicht werden und am stärksten ein „lebenswertes“ Quartier bräuchten (z.B. auf Grund fehlender Mobilität)?

Die Ressourcenfrage:

Wer kann und möchte mit welchen Mittel Projekte unterstützen? Wird/kann eine Entscheidung in so einem Rahmen wie dem hiesigen getroffen werden? (Heterogenität der Stiftungen und eine Riesenmenge an möglichen Projekten).